

ausländische Ehefrauen von Nepali vor dem Obersten Gericht, weil sie zuvor kostenlose Aufenthaltsgenehmigungen erhalten hatten. Anfang Oktober forderte der Oberste Gerichtshof nun die Regierung auf, die Erhebung von Gebühren für ausländische Frauen wieder zurückzunehmen, nicht jedoch die für ausländische Ehemänner. Mit diesem Urteil verstößt der Oberste Gerichtshof gegen den Gleichheitsgrundsatz, den er in früheren Entscheidungen eigentlich sehr positiv vertreten hatte.

### Deuba in Großbritannien - Die Behandlung von Gurkha-Soldaten

Premierminister Deuba kehrte am 18. November von einem viertägigen Staatsbesuch aus London zurück. Laut Prakash Chandra Lohani, dem nepalischen Außenminister, hat dieser Besuch eine Wende der nepalisch-britischen Be-

ziehungen ermöglicht. Die traditionelle britische Perspektive, in Nepal einzig das Rekrutierungsgebiet für Gurkha-Soldaten zu sehen, hat sich gewandelt und Geschäftsbeziehungen werden immer bedeutender. Die nepalische Delegation hat insbesondere für pensionierte Gurkhas materielle Verbesserungen eingefordert. Daneben wurde auf die geeignete Unterbringung der Gurkha-Einheiten mit ihren Familien hingewiesen, sobald diese 1997 aus Hongkong abgezogen werden. Die britische Regierung versprach, hierzu Lösungen vorzubereiten. Pensionierte Gurkhas, die mittlerweile wieder in Nepal leben, beklagen, daß sie nur ein Zehntel der Pensionen ihrer ehemaligen britischen Kameraden erhalten. Diese Diskriminierung wird von britischer Seite wiederholt mit einem trilateralen Abkommen von 1947 zwischen Großbritannien, Nepal und dem damals noch abhängigen Indien begründet, in dem

festgehalten wurde, daß der Sold der Gurkhas an die jeweils in Indien gültigen Beamtengehälter angepaßt werden soll. Diese Regelung trifft in Nepal zunehmend auf Kritik, da mit Indien ein außenstehender, souveräner Staat in die zwischenstaatlichen Angelegenheiten mit Großbritannien eingeschaltet ist. Selbst aus armeenahen Kreisen in Hongkong wird eine Änderung angefordert. Gurkhas gelten in Hongkong als absolut loyal, obwohl sie teilweise ungleich behandelt werden, wie der Manager eines Sicherheitsdienstes in Hongkong, der auch ehemalige Gurkha-Soldaten beschäftigt, einem britischen Magazin sagte. In Großbritannien befürchtet das Verteidigungsministerium jedoch den Aufschrei von Nationalisten und Rassisten, wenn nach 1997 etwa 3.000 dunkelhäutige Gurkha-Familien auf die Insel kommen und die britische Staatsangehörigkeit erhalten.

## Kommentar: Nepals neue politische Krise

Die Koalitionsregierung Nepals ist nach nur gut einem Jahr in eine ernste Krise geraten. Neutrale Beobachter führen die rückläufige Popularität der Dreiparteienkoalition ('Nepali Congress'/NC, 'Rastriya Prajatantra Party'/RPP, 'Nepal Sadbhavana Party'/NSP) auf deren glanzlose Führung durch Premierminister Sher Bahadur Deuba zurück. Parteivertreter werfen der Regierung sogar völliges Versagen vor, nachdem ein Minister nach dem anderen unter Korruptionsverdacht gerät. Eine Kommission zur Aufklärung der Vorwürfe ('Commission for Investigation of Abuse of Authority', CIAA) hat schon mehrere Minister vorgeladen und sie verhört.

Der ehemalige Premierminister Adhikari und Vorsitzende der kommunistischen CPN-UML, drängt die Deuba-Regierung zum Rücktritt und fordert Neuwahlen. Doch selbst seine eigenen Parteigenossen, sowie die übrigen Parteien, distanzieren sich noch von dieser Forderung. Zum einen ist nicht abzusehen, ob Neuwahlen zu einer regierungsfähigen Mehrheit führen. Darüber hinaus fürchten viele Abgeordnete auch um ihr eigenes persönliches Schicksal. Es könnte nämlich sein, daß die verärgerten Wählerinnen und Wähler sie nicht mehr wählen.

Es gibt deshalb Anzeichen, daß die Parteien an einer neuen Zusammensetzung der Koalition arbeiten. Eine Fraktion der Kommunisten mit Parteisekretär Madhav Kumar Nepal strebt eine Koalition mit NC und RPP an, da diese Konstellation einer "nationalen Regierung, die das Land so dringend benötigt, am nächsten kommt."

Trotz der gegenseitigen Schuldzuweisungen der drei Koalitionsparteien gehen politische Beobachter noch nicht davon aus, daß die Tage der Deuba-Regierung tatsächlich schon gezählt seien. Da sie sich in ihrer Koalitionsvereinbarung darauf verständigt hatten, die Verfehlungen der kommunistischen Vorgängerregierung zu beheben, ist eine Kräfteverschiebung mit kommunistischer Beteiligung derzeit nur schwer zu vermitteln.

Der Generalsekretär der RPP, Rabindra Nath Sharma, dem auch Ambitionen zu einem hohen Regierungsamt nachgesagt

werden, wirft Regierungschef Deuba jedoch Versagen vor und beschuldigt ihn, in Korruptionsaffären verstrickt zu sein. Deshalb fordert er den 'Nepali Congress' zu einem Führungswechsel auf. Entweder solle Deuba vom Amt des Regierungschefs zurücktreten oder die Partei verspiele ihren Führungsanspruch in der Koalition.

Deuba gerät auch innerparteilich unter Druck. Der 'Congress'-Vorsitzende Girija Prasad Koirala, ebenfalls ein Aspirant für die Regierungsführung, fordert von Deuba einen energischeren Führungsstil. Er zielt vor allem auf die RPP und fordert sogar den Rauswurf einzelner Minister, die von dieser Partei gestellt werden, selbst auf die Gefahr hin, damit die Koalition zu sprengen. Deubas Befürchtungen, mit einem solchen Konfrontationskurs die politische Stabilität zu gefährden, wird in seiner eigenen Partei nicht anerkannt. In der Öffentlichkeit mache sich vielmehr der Eindruck breit, daß Deuba kaum regiert, sondern nur aus persönlichem Interesse am Posten des Regierungschefs festhalte.

Im Frühjahr nächsten Jahres stehen in Nepal Nachwahlen an, von deren Ausgang Hinweise erwarten werden, welche Partei die nächsten Parlamentswahlen gewinnen könnte. Die Parteien bereiten schon heute ihre Wahlkampfkampagnen vor, und die entscheidende Frage ist, ob NC und RPP jeweils eigene Kandidaten aufstellen oder ob sie sich gegenseitig absprechen. Da jedoch beide Parteien an einer Stärkung ihrer Parlamentsvertretung und Machtposition interessiert sind, ist die Aufstellung separater Kandidaten zu erwarten.

Auf die Nachwahlen folgen anschließend Kommunalwahlen und spätestens dann erwarten Beobachter ein Auseinanderbrechen der Koalition, da dies der letzte Wahlgang vor den regulären Parlamentswahlen ist. Dementsprechend werden die Parteien um jede Stimme kämpfen und nicht zu Kooperationen bereit sein. Es bleibt abzuwarten, ob die Regierungsparteien NC und RPP tatsächlich in einem politischen Bündnis gegen die Kommunisten vereint bleiben.

Ram Pradhan

(Übersetzung: Jürgen Clemens)